

Jetzt sind die Bürger gefragt



Rund 200 Bürger nahmen am Montagabend an der Auftaktveranstaltung zum integrierten Stadtentwicklungskonzept teil. Bürgermeister Marcus Bremer informierte sie über die Hintergründe.
© Foto: Markus Brandhuber

Niederstotzingen / Kathrin Schuler 07.02.2018

Zur Auftaktveranstaltung für das Zukunftskonzept fanden sich rund 200 Einwohner ein. Ihre Beteiligung und die der anderen Niederstotzinger ist nun entscheidend.

Mit der öffentlichen Auftaktveranstaltung am Montagabend ist der Startschuss für die Ausarbeitung eines integrierten Stadtentwicklungskonzepts für Niederstotzingen gefallen. Rund 200 Bürger kamen in die Stadthalle, um sich über die weitere Vorgehensweise zu informieren.

Über die hohe Zahl an Interessierten freute sich Bürgermeister Marcus Bremer besonders. „In diesem Programm soll es um unser aller Zukunft gehen“, betonte er. Darum mache es auch keinen Sinn, ein Konzept hinter verschlossenen Rathaustüren zu entwickeln. Der Kerngedanke des Stadtentwicklungskonzepts sei es, den Bürgern eine Plattform zu bieten, um sich einbringen zu können. Dem stimmte auch Richard Reschl vom Büro Reschl Stadtentwicklung zu, das den Auftrag zur Erstellung des Konzepts von der Stadt erhalten hatte. „Man lebt ein Konzept nur dann, wenn man an dessen Erstellung auch beteiligt war“, meinte er.

Vier Schritte in die Zukunft

Aus diesem Grund stellt die Beteiligung der Bürger auch den zentralen Punkt auf dem Weg zum Zukunftskonzept dar. Bereits in der kommenden Woche soll es

damit losgehen: Im ersten Schritt wird das Planungsbüro eine Bestandsanalyse der momentanen Gegebenheiten Niederstotzingens durchführen. Dazu gehört auch die Einschätzung der Bürger. An jeden Einwohner mit einem Mindestalter von 16 Jahren werde deshalb ein ausführlicher Fragebogen verschickt, der die Themen Leben, Wohnen, Arbeiten, Kultur, Soziales, Rathaus und Verwaltung behandle. „Je höher der Rücklauf an Fragebögen ist, desto differenzierter ist das Bild der Zufrieden- und Unzufriedenheit der Bürger“, appellierte Reschl an die Stotzinger.

Der zweite Schritt sei eine Klausurtagung im Gemeinderat, in dem die Ergebnisse der Bürgerbefragung thematisiert werden. Im dritten Schritt seien dann wieder alle Niederstotzinger gefragt: In einer Zukunftswerkstatt sollen sich die Bürger mit denselben Themen und Fragen wie der Gemeinderat befassen. „Mit einem halbtägigen Workshop an einem Samstagvormittag ist es damit aber nicht getan“, erklärte Reschl.

Der vierte und letzte Schritt sei die Erstellung des Entwicklungskonzepts durch das Planungsbüro, das auch Handlungsempfehlungen und eine Übersicht der Finanzierungsmöglichkeiten beinhalte. Insgesamt soll der weitere Prozess nicht mehr als zwölf Monate dauern: Im Frühjahr 2019 soll das Konzept stehen und nach einer öffentlichen Vorstellung vom Gemeinderat verabschiedet werden.

Kein Wunschkonzert

Bereits am Montagabend hatten die Anwesenden die Gelegenheit, Zukunftsthemen anzusprechen. Genannt wurden da von Seiten der Bürger der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, sozialer Wohnungsbau, mehr Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche und schnelleres Internet. Reschl betonte, dass es zwar darum gehe, dass die Bürger Themen ansprechen, die sie bewegen, es sich aber trotzdem um kein Wunschkonzert handle. „Nicht alles wird sich umsetzen lassen, denn das ist immer auch eine Frage der Finanzierbarkeit“, erklärte er. Es gelte, das Mögliche anzupacken und sich als Bürger auch selbst zu fragen, was man denn tun könne.

Der Niederstotzinger Weg zum fertigen Konzept ist vergleichbar mit dem in Dischingen. Dort wurde im vergangenen Jahr ein Gemeindeentwicklungskonzept erstellt. Vorrangiger Zweck war dabei die Bewerbung als Schwerpunktgemeinde für das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum. In Niederstotzingen will man das Ganze aber umgekehrt angehen: „Wir wollen kein Entwicklungskonzept erstellen, um an Fördergelder zu gelangen“, so Hauptamtsleiter Andreas Häußler. Vielmehr gehe es darum zu wissen, welche Themen die Menschen vorrangig beschäftigen. Erst wenn feststehe, welche Projekte es umzusetzen gelte, werde man sich nach konkreten Fördermöglichkeiten umsehen.